



---

**Petition 92559**

**Sozialrecht - Aufhebung der Ungleichbehandlung des Ehrenamtes gegenüber dem politischen Ehrenamt**

---

Text der Petition	Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass die Ungleichbehandlung des Ehrenamtes gegenüber dem politischen Ehrenamt aufgehoben und auch das Ehrenamt, dass nicht politisch ist, entsprechend gefördert wird.
Begründung	<p>Es wird immer schwieriger Bürger für ehrenamtliche Tätigkeiten zu begeistern. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist aber die Stütze der deutschen Gesellschaft und die Grundlage für die Existenz vieler gemeinnütziger Vereine für z.B. soziale Angelegenheiten, Kultur, Sport, Integration, Tafel, DRK, Feuerwehr, Arbeit mit behinderte Menschen.....). Für diese Tätigkeiten kann eine Ehrenamtszuschale von 720€/Jahr von den Vereinen gezahlt werden. Allerdings sind viele Vereine gar nicht in der Lage diese 60€/Monat zu bezahlen. Zudem stellen diese 60€/Monat nicht im geringsten den zeitlichen und finanziellen Gegenwert für ehrenamtliche Arbeit dar. Viele Ehrenamtliche leisten täglich mehrere Stunden, investieren eigenes Kapital und tragen für ihre tätigkeit z.B. als Vorsitzender im Verein auch noch eine große Verantwortung für die sie unter gewissen Umständen auch noch haftbar gemacht werden können. Verglichen mit dem politischen Ehrenamt ist eine Ungleichbehandlung festzustellen.Das kommunale Ehrenamt wird da anders behandelt. Die Aufwandsentschädigung aller „ehrenamtlichen“ Politiker in z.B. in NRW stieg z.B. in 2016 um 10%. Mitglieder eines Rates einer Stadt in NRW erhalten somit eine Aufwandsentschädigung von 219,10€/Monat bis zu 492,90€/Monat je nach Anzahl der Einwohner. Die Aufwandsentschädigung ist gestaffelt. So könnte die Aufwandsentschädigung von Fraktionsvorsitzende schon &gt; 1.000€/Monat betragen. Mit welcher Begründung sieht die Politik den Stellenwert des politischen Ehrenamtes um so viel höher an als das Ehrenamt das in einer Vielzahl von gemeinnützigen Vereinen geleistet wird. Ohne das Ehrenamt würde Deutschland nicht so funktionieren wie es funktioniert. Das Ehrenamt muss wesentlich stärker gefördert werden und es muss eine Gleichstellung geben zum politischen Ehrenamt.</p>